

Motion

Proposer: Kuba Walczak (JUSO Stadt Bern)

Title: **A3-108: Vermögensungleichheit: Nährboden des Faschismus**

Motion text

From line 106 to 116:

Ausgleichszahlungen, täuschen über die ungleiche kapitalistische Ressourcenverteilung hinweg. Diese Errungenschaften wurden auf der Strasse ~~er kämpft und sind nicht die logische Konsequenz neoliberaler Politik. Institutionelle Demokratie im Kapitalismus hat die Funktion, dem volljährigen Teil der Arbeiter*innen, mit Schweizerischer Staatsbürgerschaft und ohne Vormund, begrenzte Mitbestimmung in einzelnen (politischen) Bereichen zu gewähren, um sie so davon abzulenken, das System als Ganzes in Frage zu stellen.~~^[13] Einzelne Zugeständnisse schützen so die Vormachtstellung der Kapitalist*innen. Deshalb stabilisieren diese Reformen nicht einmal die ungleiche Vermögensverteilung, sondern mindern den Anstieg der Ungleichheit lediglich ab und stabilisieren das kapitalistische System. **gegen den Willen der herrschenden Klasse und trotz neoliberaler Hegemonie erkämpft und sind keinesfalls als logische Entwicklungen einer bürgerlich-kapitalistischen Demokratie anzusehen.** Diese hat nämlich die Funktion, einem genug grossen Teil der Arbeiter*innen begrenzte Mitbestimmung in einzelnen politischen Bereichen zu gewähren, um sie so davon abzulenken, das System als Ganzes in Frage zu stellen **und sich ganzheitlich dagegen zu wehren.**^[13] Einzelne Zugeständnisse schützen so die Vormachtstellung der Kapitalist*innen und schwächen lediglich die Ausbeutung von Arbeiter*innen und das Wachstum der Ungleichheit leicht ab, um diese weiterhin als Ganzes aufrechterhalten zu können.

Reason

Die Bezeichnung "logische Konsequenz neoliberaler Politik" macht in diesem Kontext keinen Sinn, auch da soziale Errungenschaften natürlich keine Folge davon sind. Stattdessen sollte der Gegensatz zu dieser Politik und der bürgerlichen Demokratie betont werden. Ebenfalls sollte die Definition des Teils der Bevölkerung umgeschrieben werden wie im Antrag A3-109, jedoch mit der Ergänzung, dass dieser Teil genug gross für den Konsens sein muss, um diese Theorie bereits richtig anzusprechen. Integriert wird ebenfalls die Anpassung aus A3-111, die Klammern wegzulassen. Letztens bringen auch die Formulierungen im letzten Satz sehr viel Verwirrung hinein. Stattdessen wäre ein direkter Bezug auf die vorherige Aussage treffender, der am Ende ebenfalls noch einmal betont, was der Zweck dieser sogenannten Zugeständnisse ist. Diese sind nämlich keine ernsthaften Verbesserungen, sondern v.a. eine Abschwächung der schlechten Lage, um diese schlechte Lage weiterhin aufrechterhalten zu können, ohne mit zu viel Widerstand rechnen zu müssen.

Supporters

Charlotte Günther (JUSO Stadt Bern), Xiao Ember (JUSO Zug), Levin Freudenthaler (JUSO Stadt Bern), Auri Senften (JUSO Graubünden)